Höhe ihres Engagements aus. In London und Bonn steht die Entscheidung unmittelbar bevor.

In der Bundesrepublik macht sich besonders Außenminister Genscher für die Polen-Hilfe stark. Das Opfer sei notwendig, um ein Scheitern der polnischen Regierung und eine militärische Intervention zu verhindern. „Wenn es schiefgeht", fragt Genscher, „wer riskiert denn dann am meisten?"

Allein mit dem Hinweis auf die Lage der Bundesrepublik an der Nahtstelle zwischen den Blöcken wird Genscher jedoch Finanzminister Hans Matthöfer nicht überzeugen können. Polen ist in West und Ost, besonders aber in der Bundesrepublik bereits so verschuldet, daß jede weitere Hilfe nicht nur ein angesichts der Haushaltslage schwer tragbares finanzielles Risiko darstellt.

Die Überbrückungshilfe soll über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel laufen. Die BIZ stellt das Geld bereit, wenn die nationalen Notenbanken der Gläubigerländer dafür bürgen.

Die Frankfurter Bundesbank aber darf sich auf eine solche Bürgschaft nur einlassen, wenn die Bundesregierung ihrerseits voll für die garantierte Summe haftet. Ob dies möglich ist, darüber muß Genscher mit Matthöfer und Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff am 1. September, dem Tag vor der Kabinettssitzung, entscheiden.

Allein bei den westlichen Ländern hat Warschau gegenwärtig rund 27 Milliarden Dollar Schulden (siehe Graphik). Der Schuldenberg, darüber macht sich auch der polnische Finanzminister Marian Krzak keine Illusionen, wird bis 1985 sogar noch auf mindestens 33 Milliarden Dollar anwachsen, ehe die Polen ans Rückzahlen denken können.

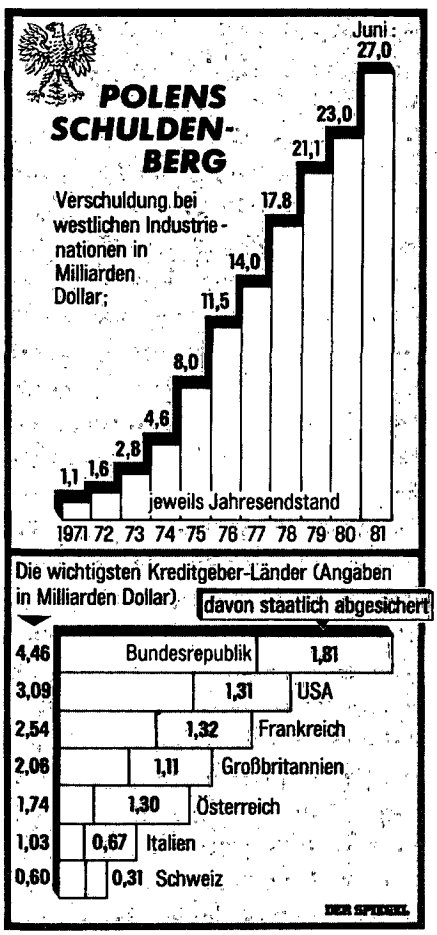
Mit einem Anteil von fast 4,5 Milliarden Dollar ist die Bundesrepublik der größte westliche Gläubiger Warschaus. Gut 1,8 Milliarden Dollar von dieser Summe sind durch staatliche Garantien abgesichert.

Da sicher ist, daß auch die im nächsten Jahr fälligen Tilgungsraten von den Polen nicht bezahlt werden können — über 400 westliche Banken müssen durch eine mühsam ausgehandelte Stillhalteformel schon jetzt den völligen Kreditkollaps verhindern —, wird der Finanzminister für einen Teil der Bundesgarantien geradestehen müssen. Eine Milliarde Mark hat Matthöfer zu diesem Zweck im Sparetat 82 versteckt.

Neue Bürgschaftsverpflichtungen darf Hans Matthöfer sich nur aufbürden lassen, wenn wenigstens die Wahrscheinlichkeit besteht, daß der Schuldner seine Verpflichtungen auch erfüllen kann. Genau da aber hat Matthöfer im konkreten Fall der kurzfristigen Überbrückungshilfe für die Polen erhebliche Zweifel.

Nach Warschauer Schätzungen wird das polnische Sozialprodukt 1981 um 15 Prozent sinken. Das Handelsbilanzdefizit des ersten Halbjahres hielt sich zwar in Grenzen. Das relativ günstige Ergebnis ist jedoch nicht auf einen Anstieg der polnischen Exporte, sondern auf eine drastische Verminderung der West-Importe zurückzuführen.

Die verringerten Einfuhren können im zweiten Halbjahr möglicherweise dazu führen, daß der polnischen Wirtschaft Ersatzteile für Maschinen oder etwa Material für den Schiffbau fehlen. Die Folge: Produktion und Export gin-



gen weiter zurück, halbfertige Schiffe blieben in den Werften liegen.

Angesichts solcher Aussichten dürfte der Finanzminister dem Drängen des Außenministers nur nachgeben und eine Bürgschaft befürworten, wenn im Etat 1982 zusätzlich 100 Millionen Dollar als Verlust eingeplant würden. Weil die Koalition aber ohnehin größte Schwierigkeiten hat, ihr Sparziel zu erreichen, ist daran gar nicht zu denken.

So wird Genscher das Naheliegende tun und die polnische Situation neu deuten: Er muß Matthöfer überzeugen, daß die Lage auch sehr viel rosiger gesehen werden könnte.

Ost-Beobachter in Bonn sammeln fleißig Argumente. Sie entdeckten,

- ▷ daß die Ernteaussichten im Gegensatz zu den Vorjahren glänzend sind,
- ▷ daß acht zusätzliche Samstagsschichten 300 Millionen Tonnen Exportkohle zusätzlich bringen,
- ▷ daß die Förderung anderer Rohstoffe wie Kupfer allmählich wieder in Gang kommt.

Noch wehrt sich der Finanzminister dagegen, aufgrund so windiger Prognosen ein Haushaltsrisiko in dieser Größe zu verantworten. Der Außenminister aber mahnte schon, das Problem nicht zu „buchhalterisch" anzugehen.

Wenn der Westen jetzt großzügig helfe, so kalkuliert Genscher, könnte die Sowjet-Union es sich kaum leisten, Polen den Weg in den Währungsfonds und zu weiteren Krediten in Höhe von rund 2,7 Milliarden Dollar zu versperren. Dann könnte Warschau sich auch eher ökonomischen Auflagen des Fonds beugen.

Die Polen selbst haben in der Beitrittsfrage offenbar keine ideologischen Probleme. Zygmunt Krolak, Abteilungsleiter im Außenhandelsministerium, wies bereits darauf hin, daß Warschau schließlich 1945 Gründungsmitglied des Fonds gewesen und erst 1950 ausgetreten sei.

Dabei verschweigt Krolak allerdings die damalige Rückzugs-Begründung: Der IWF, so hatte Warschau erklärt, sei ein „unterwürfiges Instrument der Vereinigten Staaten".

KRANKHEITSKOSTEN

Tut nur so

Sozialminister Ehrenbergs neues Sparprogramm für das Gesundheitswesen stieß auf Widerstand. Es belastet einseitig die Versicherten und wird unterm Strich wenig bringen.

Immer wenn er ein Problem zu lösen hat, denkt Herbert Ehrenberg ein bißchen nach, dann schlägt er zu. Ein „hartes, tief zuschlagendes" Gesetz kommt dann heraus, „global zuschlagende Maßnahmen" stehen der Nation ins Haus.

Am Montag letzter Woche war es wieder soweit.

Bundeskanzler Schmidt hatte, bevor er zum Rasenmähen an den Brahmsee zog, Ehrenberg den Auftrag hinterlassen, über die desolate Finanzlage der gesetzlichen Krankenkassen nachzusinnen und bis zur ersten Kabinettsitzung nach seiner Rückkehr am 2. September praktikable Vorschläge auszuarbeiten, wie den Sozialversicherten Beitragserhöhungen zu ersparen seien.

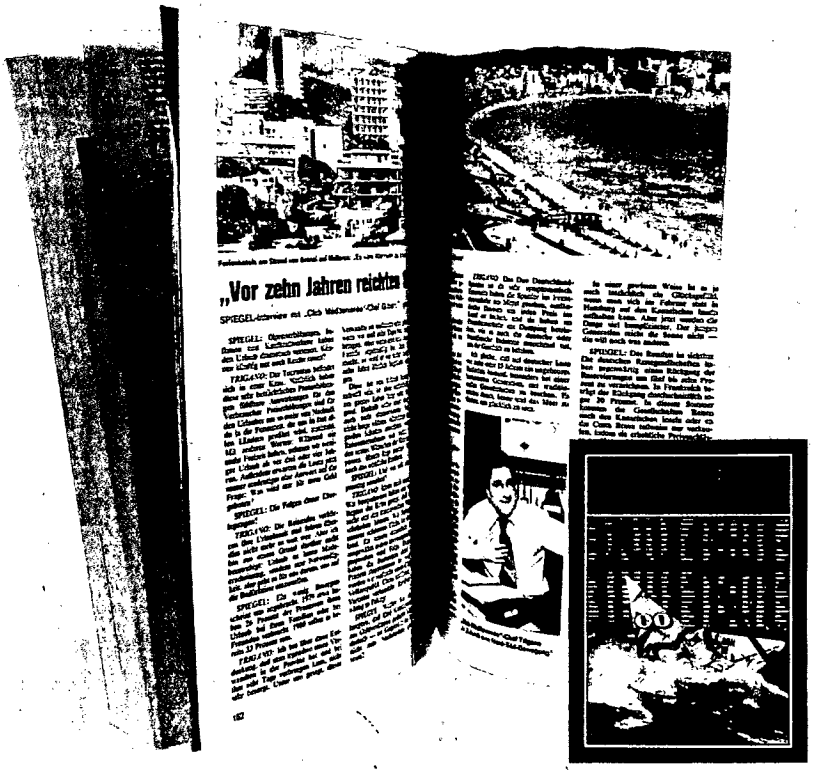
Ehrenberg wurde mit seinen Hausaufgaben schnell fertig. Zweieinhalb Wochen vor dem vereinbarten Ablieferungstermin legte er ein Milliarden-Streichprogramm für die soziale Krankenversicherung vor und verkündete, er werde deren „defizitäre Entwicklung" stoppen, „die Wirtschaftlichkeit

Die Wirtschaftsdokumentation des SPIEGEL: **Unternehmen, Märkte, Manager – 1980**

Das Wirtschaftsgeschehen des Jahres auf 652 Seiten zusammengefaßt.

Die wichtigsten Beiträge des SPIEGEL-Jahrgangs 1980 zum Thema Wirtschaft wurden für dieses Jahrbuch ausgewählt und übersichtlich nach folgenden Sachgebieten geordnet:

Wirtschafts- und Finanzpolitik, Konjunktur
Arbeit und Soziales, Verbände
Märkte, Branchen, Produkte
Automobile
Banken, Sparkassen, Versicherungen
Energie
Luftfahrt
Tourismus
Medien



Das umfangreiche Register mit 4.181 Verweisen auf Personen, Firmen und Produkte erleichtert den schnellen Zugriff und macht »Unternehmen, Märkte, Manager – 1980« zu einem nützlichen und zweckmäßigen Nachschlagewerk.

Subskriptionspreis bis 31. August 1981:
DM 30,– (inkl. MwSt.); danach DM 36,–.
Die Auflage ist limitiert.
Lieferung gegen Vorkasse; im Inland portofrei.
Überweisungen mit Bestellvermerk »UMM – 80« bitte auf Postscheckkonto 7137-200 (BLZ 200 100 20), Hamburg.

SPIEGEL-Verlag, Vertriebsabteilung
Postfach 11 04 20, 2000 Hamburg 11.

der Leistungserbringung erhöhen" und vor allem den Versicherten „Kostenbewußtsein" beibringen.

Die lasen anderntags in den Zeitungen, was sie außer ihren bereits jetzt exorbitant hohen Beiträgen — bis zu 500 Mark monatlich* — vom 1. Januar nächsten Jahres an noch alles erdulden sollen: Krankenscheine werden künftig zugeteilt, Kuren beschnitten, die dritten Zähne 20 Prozent teurer, Brillen nur noch alle drei Jahre bezahlt, Rezeptgebühren erhöht, Wöchnerinnen bereits nach sechs Tagen aus den Kliniken gewiesen, Mutterschaftsgelder halbiert, Bäder, Bandagen und Massagen eingeschränkt, Fahrtkosten nicht mehr voll erstattet und „Körperersatzstücke" nur noch dann genehmigt, wenn jeder Krüppel „einen Kostenvoranschlag des Lieferanten" beibringt.

Dafür, sagt Ehrenberg, trete endlich ein, was bereits vor vier Jahren geschehen sollte, als er sein erstes „Kostendämpfungsgesetz" auf den Weg gebracht hatte: Der „weitere Anstieg der Beitragssätze" werde „vermieden", die „Beitragssatzstabilität wiederhergestellt", und zwar „dauerhaft".

Daraus wird allerdings auch diesmal mit Sicherheit nichts werden. Denn der schnelle Denker hat bei der Erledigung seines Auftrags etwas Entscheidendes vergessen: Kassenärzte und Kassenzahnärzte bleiben ungeschoren.

Ihnen wird nicht nur nichts abgezwackt, nicht einmal ein Preisstopp für ihre „ärztlichen Verrichtungen" auferlegt. Arzt- und Zahnarzthonorare dürfen im Gegenteil sogar weiter wachsen. „Gesetzliche Regelungen" hält Ehrenberg „insoweit nicht für erforderlich".

Was der Bundesminister für das Soziale bei den 56 Millionen Kassenpatienten durch gesetzliche Leistungseinschränkungen erzwingen will, das soll bei Kassenärzten und Kassenzahnärzten freiwillig als „Kostenbewußtsein" erblühen.

Da baut Ehrenberg fest auf das Wort eines einzigen Mannes: Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Hans Wolf Muschallik, habe, sagt Ehrenberg, „verbindlich" zugesagt, die Doktoren würden sich das ganze nächste Jahr über nur maßvoll aus dem Kassentopf bedienen, ihre Honorarzuwächse in den „Rahmen der allgemeinen Grundlohnsummensteigerung" einbinden und das tun, was die Reichsversicherungsordnung ihnen ohnehin abverlangt, nämlich „Art und Umfang" ihrer „Verrichtungen" in Grenzen halten.

Geschworen hat Muschallik das schon oft. Den Kassenbeitragszahlern gebracht hat es noch nie etwas. Im vergangenen Jahr beispielsweise stiegen die Versicherten-Grundlöhne nur um sechs Prozent; die Honorare der 55 000 Kassenärzte kletterten dagegen im

* Inklusive Arbeitgeberhälfte, die als indirekter Lohnbestandteil gilt.

Durchschnitt um sieben Prozent, und manche langten noch besonders hin: Laborärzte machten 17,7 Prozent Einnahmen-Plus, Dermatologen schafften 11,4 Prozent, Chirurgen 9,9 Prozent, Radiologen und Orthopäden jeweils 8,9 Prozent mehr an als im Jahr zuvor.

Nahtlos ging es bisher auch in diesem Jahr so weiter. Obwohl die Krankenkassen im ersten Quartal von ihren Mitgliedern nur 4,8 Prozent mehr kassierten, blieben die Kassenärzte ihrem Grundsatz treu, daß allein sie zu bestimmen haben, welche und wie viele „ärztliche Leistungen" sie zu erbringen wünschen. Die Allgemeinen Ortskrankenkassen meldeten Ehrenberg zusätzliche Honoraranforderungen der Kassenärzte in Höhe von 8,4 Prozent, die



Kostendämpfer Ehrenberg, Ärztefunktionär Muschallik: Sparsamkeit versprochen

Ersatzkassen 8,7 und die Betriebskrankenkassen sogar 9,2 Prozent.

Das hätte den Tatmenschen Ehrenberg auf den Plan rufen müssen, allerspätestens dann, als der Präsident der Bundesärztekammer, Karsten Vilmar, auf dem „Deutschen Ärztetag" im Mai öffentlich verkündete, Beitragsstabilität in der gesetzlichen Krankenversicherung sei für Deutschlands Weißkittel sowieso nicht „gottgewollt".

Doch Ehrenberg mochte sich mit den Ärzten nicht anlegen, die Krankenkassen fühlten sich entlastet und zahlten auch im nächsten Quartal wieder mehr aus. Denn bei ihnen hatte sich die Gewißheit festgesetzt: Dem für die Reichsversicherungsordnung zuständigen Bonner Minister „mangelt es an politischem Mut, er tut nur so, als wolle er ernsthaft Kostendämpfung", wie der Geschäftsführer des Landesverbandes der Bayerischen Ortskrankenkassen, Hans Sitzmann, kundtat.

Da ist viel dran. Denn so massiv Ehrenberg durch sein neuestes Kostendämpfungswerk den Beitragszahlern Leistungen beschneiden will, so zaghaft geht er darin nicht nur mit den Medizinern, sondern auch mit den beiden anderen Kostentreibern um, den Krankenhäusern und den Pharmafabrikanten.

Zwar hat er in seinen Referentenentwurf hineingeschrieben: „In den Jahren 1981 und 1982 dürfen die Krankenhauspflegesätze nicht stärker steigen als die durchschnittliche Grundlohnsumme der beteiligten Krankenkassen", doch diesem Gebot wurde sofort die Unwirksamkeit mit auf den Weg gegeben: Dem Halbsatz schließt Ehrenberg ein „Es sei denn" an — „es sei denn, daß die Mehrausgaben des Krankenhauses auf unabweisbare Kostensteigerungen zurückzuführen sind".

Dieses Ehrenbergsche Kostendämpfungs-Rezept des Sparen-Sollens, aber nicht Sparen-Müssens gilt nicht nur ganz allgemein für alle Kliniken, sondern auch speziell für die Arzneimittelausgaben der 3300 bundesdeutschen Heilstätten. Da will der Minister auf der einen Seite „für jedes einzelne Krankenhaus Höchstbeträge" vorschreiben, auf der anderen aber „Mehraufwendungen" voll zulassen, wenn diese „auf unabweisbaren Preissteigerungen beruhen".

Das wird die Arzneimittelhersteller freuen, die ohnehin unlängst ihre Preise im Schnitt um 5,5 Prozent, bei ihren Umsatzrennern sogar um sieben Prozent erhöhten.

Die Pharmafabrikanten brauchen auch sonst nicht zu bangen, etwa daß auch nur eine einzige ihrer mannigfachen überflüssigen Pillen und Placebos durch Ehrenbergs Taten aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen demnächst verschwindet — obwohl eigentlich nichts davon in der gesetzlichen Krankenversicherung etwas zu suchen hat, weil nach der Reichsversicherungsordnung nur tatsächlich notwendige Arzneimittel verschrieben werden dürfen.

Zwar will Ehrenberg den Kassenärzten auferlegen, „Arzneimittel, bei denen nach dem jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse die therapeutische Wirksamkeit nicht gesichert oder die Kombination von Inhaltsstoffen unzweckmäßig ist", nicht mehr zu verordnen. Doch bis es soweit ist, werden die Kassenbeitragszahler viel Geduld und noch mehr Geld aufbringen müssen.

Denn erst einmal sollen die Krankenkassen und die Kassenärzte, nach dem Wunsch des Ministers, gemeinsam ein neues „Institut" errichten, das „Untersuchungen über den therapeutischen Nutzen und die Wirtschaftlichkeit von Arznei- und Heilmitteln" anstellen soll, „zügig" zwar, doch mittels „Bereitstellung von wissenschaftlichem Erkenntnismaterial in einem erheblichen Umfang". Nur wenn die Pharmaindustrie aus dem reichen Fundus ihrer eigenen wissenschaftlichen Erkenntnisse Hilfe leistet, könnte das bewältigt werden.

Mit seinen Sparplänen lief Ehrenberg gleichwohl noch in aufgepflanzte Bajonette. „Systemverändernd, dirigistisch, sozialistisch", zürnten die (von Einsparungen nicht betroffenen) Zahnärzte. Ähnlich die (verschont gebliebenen) Ärzte: Wo allenfalls „subtile Überlegungen" am Platze seien (Bundesärztekammerpräsident Vilmar), werde „Ehrenbergs ‚Tiefschlag'" offenbar „im Schnellverfahren" („Deutsches Ärzteblatt") durchgepeitscht.

Doch auch in der SPD regte sich Widerstand: Ein derart „einseitig nur die Versicherten" mit fast einer Milliarde Mark belastendes Vorhaben, das zugleich „die Ärzte weitgehend verschont", sei als sozial ungerecht abzulehnen, erklärte SPD-Sozialexperte Eugen Glombig am Dienstag letzter Woche.

Unterdes können die gebeutelten Kassenbeitragszahler nur hoffen, daß Kanzler Schmidt sich vor seiner Rückkehr an den Rhein in seiner Vaterstadt Hamburg über den neuesten Stand der von Ehrenberg bereits vor vier Jahren verheißenen Beitragsstabilität kundig macht.

Die AOK Hamburg, eine der größten Krankenkassen der Bundesrepublik, hat ihren Beitragssatz soeben um 13 Prozent erhöht. Statt 12,4 müssen ihre Mitglieder nunmehr 14 Prozent der Lohnsumme an die Krankenkasse abführen. ◆